

# Die Evangelische Kirche im Memelland des 20. Jahrhunderts

von Arthur Hermann

Am Memelland wird sichtbar, dass auch im 20. Jahrhundert unter bestimmten historischen Voraussetzungen eine Region entstehen kann. Es gab zwar schon vor 1919 die Bezeichnung „Memelland“. Aber damit war das Land an der unteren Memel beiderseits des Stroms gemeint, zu dem auch die Kreise Ragnit, Tilsit und das ganze Memeldelta gehörten. Das heutige Memelland ist ein Produkt des Friedensvertrags von Versailles, in dem die rechts der Memel gelegenen ostpreußischen Kreise von Deutschland abgetrennt und zur politischen Einheit „Memelgebiet“ erklärt wurden. Anfänglich wurde dieses Gebiet auch „Nordmemelland“ genannt.<sup>1</sup> Weder Deutschland noch Litauen hegten Sympathie für das neue Gebilde. Unter internationalem Druck garantierte Litauen 1924 in der Memelkonvention und im Memelstatut die Autonomie des Gebietes, legte aber in der Folge die Bestimmungen immer zu seinen Gunsten aus und wollte die Andersartigkeit des Gebietes nicht wahrhaben.<sup>2</sup> Nach 1945, als internationale Rücksichten wegfielen, durfte nicht einmal der neutrale litauische Begriff „Klaipėdos kraštas“ benutzt werden.<sup>3</sup> Ebenso hatte das Deutsche Reich nach der Rückgliederung 1939 die Verwendung der Bezeichnung „Memelgebiet“ ausdrücklich untersagt.<sup>4</sup> Trotzdem entwickelte sich bei der Bevölkerung gerade in der Zeit zwischen 1919 und 1939 ein Zusammengehörigkeitsgefühl und ein Gespür für die Eigenart des Landes. Alle späteren Bemühungen, dem Land seinen Charakter zu nehmen, waren letztlich vergebens. Der besondere Charakter des Memellandes ist bis heute spürbar, und die heutige Bevölkerung entwickelt seit 1990 immer mehr ein Regionalgefühl. Mit der wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung der Region verstärkt sich auch das Gefühl für die historisch gewachsene Eigenart des Landes.<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Evangelisches Zentralarchiv Berlin (EZA), 7/2988: Sitzung des Ausschusses Nord-Memelland vom 27. Juni 1919.

<sup>2</sup> Vytautas Zalys, Ringen um Identität. Warum Litauen zwischen 1923 und 1939 im Memelgebiet keinen Erfolg hatte. Lüneburg 1993.

<sup>3</sup> Ruth Kibelka, Ostpreußens Schicksalsjahre 1944–1948. 2. Aufl., Berlin 2001, S. 358.

<sup>4</sup> Bundesarchiv Berlin (BA), R 5101/2391: Schreiben des Oberpräsidenten von Ostpreußen an den Reichsminister für Kirchenangelegenheiten vom 26. Mai 1939.

<sup>5</sup> Ruth Kibelka, Die Brücke von Tilsit, in: Annaberger Annalen 7 (1999), S. 173–201.

Die evangelische Kirche im Memelland durchlief eine ähnliche Entwicklung. Die hiesigen Lutheraner begriffen sich am Anfang des 20. Jahrhunderts als Teil der ostpreußischen Kirche. Ihre große Mehrheit hielt noch 1925 die Bildung einer Provinzialkirche für unnötig.<sup>6</sup> Aber mit der Zeit lernte man die Vorteile einer selbstständigen Kirche zu schätzen. Nach der Rückgliederung des Memelgebietes an das Deutsche Reich 1939 war ein Widerstand gegen die Auflösung der Provinzialkirche zwar nicht möglich, aber man versuchte dennoch, einige Eigentümlichkeiten wie das Amt des Generalsuperintendenten und die litauischen Gottesdienste zu erhalten.<sup>7</sup> Die nach der Katastrophe von 1945 wieder begründeten memelländischen Gemeinden bemühten sich noch lange, ihre Eigenart und eine gewisse Selbstständigkeit innerhalb der Lutherischen Kirche Litauens zu bewahren. Dieses Selbstbewusstsein und eine andere Einstellung zum sowjetischen Staat waren Triebfedern für den Widerstand gegen das Konsistorium nach 1955.<sup>8</sup> Die meisten memelländischen Gemeinden weigerten sich fortan, das Konsistorium anzuerkennen, und existierten als selbstständige Gemeinden. Auch heute noch bestehen in ethischen und in Glaubensfragen Unterschiede zu großlitauischen Gemeinden. Die Lutheraner bilden zwar heute im Memelland nur eine kleine Minderheit, aber ihr Prozentsatz ist im Vergleich zum übrigen Litauen noch immer höher. Als Alteingesessene verstehen sie sich als Hüter und Bewahrer des alten protestantischen Memellandes. Die Gesellschaft sieht in ihnen die einzige noch lebendige Quelle zu Geschichte und Tradition.

### Die kirchliche Situation bis 1918

Um 1910 bildeten die „litauisch redenden Protestanten“ nur noch in den Gemeinden rechts der Memel eine Mehrheit. Nach der Zählung des ostpreußischen Konsistoriums von 1910 waren hier von den 135 950 Seelen 72 100 (53%) Kleinlitauer oder Preußisch-Litauer.<sup>9</sup> Das

<sup>6</sup> Arthur Hermann, Der memelländische Kirchenstreit von 1919 bis 1925, in: Kirche im Osten 40/41 (1997/98), S. 11-30.

<sup>7</sup> BA, R 5101/2391: Bericht von Kirchenrat Benn über seine Verhandlungen mit dem memelländischen Konsistorium vom 17. Apr. 1939.

<sup>8</sup> Arthur Hermann, Tradition und Auseinandersetzung in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Litauen nach 1945, in: Baltisches Jahrbuch (1985), S. 179-198.

<sup>9</sup> Albrecht Rogge, Die Verfassung des Memelgebiets. Ein Kommentar zur Memelkonvention. Berlin 1928, S. 5.

jahrhundertelange Nebeneinander von Deutschen und Litauern – wobei die Deutschen mehrheitlich zur Oberschicht und die Litauer zur Unterschicht gehörten – führte auch in den Kirchengemeinden dazu, dass Deutsch bei Sitzungen, Zusammenkünften und Korrespondenz obligatorisch war und Litauisch nur in Seelsorge und Gottesdiensten seinen Platz hatte. In der von Walther Hubatsch in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts verfassten „Geschichte der Evangelischen Kirche Ostpreußens“ klingt noch die Sehnsucht nach dieser ‚guten alten Zeit‘ vor 1918 nach: „In Treue, Eifer und heiligem Ernst hat die evangelische Kirche Ostpreußens Verkündigung und Seelsorge ausgeübt – eben auch an Masuren und Preußisch-Litthauern...“ und: „Die Kirche stand im Staat, aber sie war keine Staatsanstalt“.<sup>10</sup> In der Tat ging es der Evangelischen Kirche in Preußen gut und sie wurde von der Obrigkeit unterstützt. Die hohen Kirchenführer und die Staatsbeamten des Landes gehörten derselben Führungsschicht an. Mit der Einrichtung der Gemeindegremien und Synoden auf Kreis- und Provinzialebene Mitte des 19. Jahrhunderts wurden neben der Geistlichkeit auch die Laien mehr zur Mitgestaltung der Kirche herangezogen. Die meisten Gläubigen waren daher mit den kirchlichen Zuständen zufrieden. Um die Jahrhundertwende schenkte die Kirche den memelländischen Gemeinden mehr Aufmerksamkeit und teilte schließlich die häufig übergroßen Gemeinden auf. Auf diese Weise entstanden zwischen 1900 und 1904 sieben neue Gemeinden rechts der Memel.<sup>11</sup> Diese Verbesserung der gemeindlichen Versorgung wurde aus Angst vor der Verselbstständigung der starken litauischen Gemeinschaftsbewegung eingeleitet. Die Gründung des von der Kirche unabhängigen „Ostpreußischen Evangelischen Gebetsvereins“ durch Christoph Kukat 1885 hatte das Königsberger Konsistorium sehr beunruhigt. Man erkannte, dass die Gemeinschaftsbewegung dort am stärksten war, wo die Pfarrer wegen der Übergröße der Gemeinde wenig präsent sein konnten. Die Anhänger der Gemeinschaftsbewegung galten zwar als die treuesten Glieder der Kirche, aber sie sparten auch nicht mit Kritik an kirchlichen Zuständen. Sie bestanden auf ihrer eigenen Bibelauslegung, legten großen Wert auf Fragen der Moral und kritisierten die Pfarrer und die Obrigkeit.<sup>12</sup>

<sup>10</sup> Walther Hubatsch, *Die Geschichte der evangelischen Kirche Ostpreußens*. Bd. 1, Göttingen 1968, S. 421.

<sup>11</sup> Ebenda, S. 307.

<sup>12</sup> Wilhelm Gaigalat, *Die evangelische Gemeinschaftsbewegung unter den preußischen Litauern*. Königsberg 1904, S. 36.

Der eigentliche Erfolg der Gemeinschaftsbewegung beruhte auf dem Gebrauch der litauischen Sprache bei ihren Zusammenkünften und in den Hauskreisen. Die Kirche bot zwar mit Ausnahme der Stadtgemeinde St. Johannes in Memel in allen memelländischen Gemeinden, in denen Litauer bis zu zwei Drittel der Gläubigen ausmachten, auch litauische Gottesdienste an, aber die Litauischkenntnisse vieler Geistlicher reichten nur zum Vorlesen der von einem Kantor übersetzten Predigt. Von den 29 Pfarrern der memelländischen Gemeinden waren zwar 1919 27 „litauischkundig“,<sup>13</sup> aber nur drei von ihnen waren gebürtige Litauer.<sup>14</sup> Dabei war um die Jahrhundertwende der Prozentsatz der Pfarrer, die Litauisch als Muttersprache beherrschten, noch ein wenig höher gewesen. Der Kirche war dieser unbefriedigende Zustand bewusst. Die Provinzialsynoden forderten immer wieder eine bessere Bezahlung der Pfarrer in den mehrsprachigen Gemeinden.<sup>15</sup> Das Problem lag aber zum Teil außerhalb der Zuständigkeit der Kirche. Fast alle Litauer lebten im bäuerlichen Milieu. Nur wenige Bauern waren im Stande, ihre Kinder auf weiterführende Schulen zu schicken. Daher stammten die Pfarrer Kleinlitauens meistens aus deutschsprachigen Pfarrer- und Beamtenfamilien, die unter Litauern lebten und litauische Schulen besuchten. Aber nach dem Verbot des litauischsprachigen Unterrichts in den Schulen von 1873<sup>16</sup> gab es für deutsche Kinder keine Veranlassung mehr, Litauisch zu lernen. Die Theologiestudenten konnten auf der Universität in Königsberg litauische Sprachkurse belegen. Schließlich galt die Regel, dass in den litauischen Gemeinden nur Kandidaten mit litauischen Sprachkenntnissen eingesetzt werden durften.<sup>17</sup> Das Erlernen der Sprache an der Universität reichte aber nicht aus. Die Provinzialsynode bemühte sich daher, bessere Bedingungen zu schaffen, indem sie die Zahl der Stipendien für litauische Schüler erhöhte und mehr Lehrvikariatsstellen für litauische Kandidaten schuf.<sup>18</sup> Ein durchschlagender

<sup>13</sup> EZA, 7/2988: Denkschrift des Synodalausschusses vom Okt. 1919.

<sup>14</sup> Albertus Juška, *Mažosios Lietuvos bažnyčia XVI-XX amžiuje* (Die Kirche in Kleinlitauen vom 16. bis 20. Jahrhundert). Klaipėda 1997, S. 213.

<sup>15</sup> Verhandlungen der 13. Provinzialsynode für Ostpreußen von 1911. Königsberg 1911, S. 65-70.

<sup>16</sup> Arthur Hermann, *Der litauischsprachige Unterricht in Ostpreußen und seine Darstellung in der deutschen und litauischen Historiographie*, in: *Nordost-Archiv N.F. I* (1992), S. 375-393.

<sup>17</sup> Danuta Bogdan, *Das Polnische und das Litauische Seminar an der Königsberger Universität vom 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts*, in: *Nordost-Archiv N.F. III* (1994), S. 393-427.

<sup>18</sup> Verhandlungen der 10. Provinzialsynode für Ostpreußen von 1902. Königsberg 1902, S. 74 ff.

Erfolg war auch dieser Maßnahme nicht beschieden, zumal die Kirchenleitungen in Berlin und in Königsberg nach 1890 immer weniger bereit waren, die Versorgung der anderssprachigen Gemeindeglieder in ihrer Muttersprache zu ihrem Herzensanliegen zu machen.

Die Kirchenleitung duldete zwar keine Germanisierungsmaßnahmen innerhalb der Kirche, sprach sich aber nach 1890 immer öfter für eine natürliche Eindeutschung der nationalen Minderheiten aus.<sup>19</sup> Besonders die Anhänger der Gemeinschaftsbewegung, die in den memelländischen Gemeinden etwa ein Viertel der erwachsenen Litauer ausmachten,<sup>20</sup> bestanden weiterhin auf der Verwendung der Muttersprache in der Kirche.<sup>21</sup> Die litauische Gemeinschaftsbewegung geriet nämlich immer mehr in Konkurrenz zu der erstarkenden Nationalbewegung unter den Kleinlitauern und musste auch an dieser Front um ihren Einfluss kämpfen. Die Anhänger der Nationalbewegung, die als Nationallitauer bezeichnet wurden, warfen den Gemeinschaftsleuten vor, durch ihre kritische Einstellung zur Volkskultur zur Eindeutschung beizutragen.<sup>22</sup> Dabei beschränkte sich der Einfluss der litauischen Nationalbewegung im Memelland auf kleinere Vereine und Gruppierungen. Insgesamt gesehen ließ sich die Mehrheit der Kleinlitauer nicht für die Nationalbewegung mobilisieren. Ausschlaggebend dafür war die verzögerte Modernisierung der Kleinlitauer, ihre Loyalität gegenüber dem preußischen Herrscherhaus, die gemeinsame Konfession mit den Deutschen und ihr konfessioneller Unterschied zu den römisch-katholischen Litauern auf der anderen Seite der Grenze.<sup>23</sup> Daher gab es vor 1918 für die Kirche keine Notwendigkeit, sich in Nationalangelegenheiten einzumischen. In kultureller Hinsicht fühlten sich die Kleinlitauer immer mehr dem

<sup>19</sup> Arthur Hermann, *Preußisch-Litauer und die Evangelische Kirche Ostpreußens 1871–1933*, in: *Selbstbewusstsein und Modernisierung. Sozialkultureller Wandel in Preußisch-Litauen vor und nach dem Ersten Weltkrieg*, hrsg. v. Robert Traba. Osnabrück 2000, S. 83–109.

<sup>20</sup> Petronėlė Zostautaitė, *Evangeliški surinkimai Mažojoje Lietuvoje (Evangelische Gemeinschaftsbewegung in Kleinlitauen)*, in: *Lietuvių Katalikų Mokslo Akademijos metraštis 11 (1997)*, S. 55.

<sup>21</sup> Grzegorz Jasiński, *Zwischen Sekte und Kirche. Die litauische und masurische Gemeinschaftsbewegung im 19. Jahrhundert (bis 1885)*, in: *„Der Fremde im Dorf“. Überlegungen zum Eigenen und zum Fremden in der Geschichte*. Rex Rexheuser zum 65. Geburtstag, hrsg. v. Hans-Jürgen Bömelburg u. Beate Eschment. Lüneburg 1998, S. 63–84.

<sup>22</sup> Wilhelm Storost-Vyduenas, *Siebenhundert Jahre deutsch-litauischer Beziehungen*. 2. Aufl., Chicago 1982, S. 452.

<sup>23</sup> Joachim Tauber, *Überlegungen zur Bedeutung der kleinlitauischen Bewegungen in Ostpreußen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, in: *Selbstbewusstsein und Modernisierung (wie Anm. 19)*, S. 111–125, hier S. 116.

deutschen Umfeld verpflichtet. Wohl war ihnen die litauische Sprache wichtig, aber beschränkt auf den Hausgebrauch und auf den Umgang mit Gott. Nur wenige stellten politische Forderungen und auch Kontakte zu Landsleuten hinter der Grenze wurden wenig gepflegt.<sup>24</sup>

Die kirchliche Landschaft des Memellandes bestand vor 1918 aus 31 Gemeinden mit 38 Pfarrstellen, die zu den Kirchenkreisen Memel, Heydekrug, Tilsit und Ragnit gehörten. Im Kirchenkreis Memel mit 54 900 Seelen, wovon 24 490 Litauer waren, gab es 1911 elf Gemeinden von sehr unterschiedlicher Größe. Die größten waren die Stadtgemeinde Memel mit 17 500 und die Landgemeinde Memel mit 13 000 Seelen. Dagegen zählten die Gemeinden Nidden mit 1 200 und Schwarzort mit nur 425 Seelen zu den kleinsten.<sup>25</sup> In der Stadt Memel gab es bis 1854 zwei Gemeinden: die deutsche und die litauische. Danach hob man das nationale Prinzip auf. Die neu geschaffene Landgemeinde umfasste alle Vororte und die umliegenden Dörfer. Für die hier wohnenden Deutschen wurden deutschsprachige Gottesdienste eingeführt. In der Stadtgemeinde, die fortan auch Litauer im Stadtzentrum einschloss, beließ man es aber weiterhin bei deutschen Gottesdiensten. Proteste der Litauer gegen diese Regelung sind uns in Memel nicht bekannt. In Tilsit dagegen, wo 1878 dieselbe Aufteilung der ehemals deutschen und litauischen Stadtgemeinden vorgenommen wurde, reichten ca. 1 000 Litauer der Stadt 1899 eine Petition auf litauischsprachige Versorgung ein. Das Gesuch wurde vom Konsistorium mit der Begründung abgewiesen, dass alle Litauer gut deutsch sprächen und der Mangel an Räumlichkeiten und geistlichen Kräften dies nicht zulasse.<sup>26</sup> Solche pragmatischen Gründe galten sicherlich auch in Memel, denn die Jakobuskirche der Landgemeinde befand sich nicht weit von der Johanneskirche der Stadtgemeinde. Dieses Beispiel zeigt, dass die Evangelische Kirche keinesfalls der anderssprachigen Bevölkerung „stets Verständnis entgegenbrachte“ und „die kleinsten Wünsche zu erfüllen suchte“, wie Walther Hubatsch behauptet.<sup>27</sup>

<sup>24</sup> Silva Pocyté, *Mažlietuvų identiteto problema 1871–1914 metais* (Das Identitätsproblem bei den Kleinlitauern 1871–1914), in: *Lituanistica* (2000), Nr. 1-2, S. 32-46.

<sup>25</sup> EZA, 7/19687: Generalkirchenvisitation des Kirchenkreises Memel 1911. Gedruckt in: *Die evangelischen General-Kirchen- und Schulvisitationen in Ost- und Westpreußen 1853–1944*, bearb. v. Iselin Gundermann. Göttingen 1970, S. 780-792.

<sup>26</sup> EZA, 7/19588: Antwort des Konsistoriums in Königsberg vom 25. Jan. 1900 auf eine Petition der Litauer der Stadtgemeinde Tilsit.

<sup>27</sup> Hubatsch, *Geschichte* (wie Anm. 10), Bd. 1, S. 417.

Ungleiche Einnahmen der einzelnen Gemeinden waren ein ständiges Problem. Zur Stadtgemeinde Memel gehörte vorrangig das reiche Bürgertum der Stadt, zur Landgemeinde dagegen Stadtproletariat und Bauern. Da die Kirchensteuer sich nach dem Einkommensteueraufkommen der Gläubigen richtete, war die Stadtgemeinde reich und die Landgemeinde arm. Die Landgemeinde konnte den Pfarrern weniger zahlen und war darauf angewiesen, immer wieder bei den staatlichen Behörden um Gehaltsaufbesserungen und Unterstützung zu bitten.<sup>28</sup> Die Regierung bestätigte die geringe Leistungsfähigkeit der Gemeinde, wollte aber vor Gewährung der Unterstützung „andere Maßnahmen zur Verbesserung der Lage überprüfen“.<sup>29</sup> Die Zahl der Mitglieder in der Landgemeinde, die im Zuzugsgebiet der Stadt lag, erhöhte sich vor dem Ersten Weltkrieg sehr stark. Um den Gläubigen der Vororte den weiten Weg zur Jakobuskirche in der Innenstadt zu ersparen, wurde 1912 geplant, Gemeindehäuser in den Vororten Schmelz und Bommelsvitte einzurichten. Eine örtliche Begehung durch den Konsistorialpräsidenten Kähler und Regierungsvertreter bestätigte die Notwendigkeit von Gemeindehäusern mit Wohnungen für den zweiten und den dritten Pfarrer. Eine vierte Pfarrstelle sollte angestrebt werden. Eine Teilung der Parochie wurde jedoch abgelehnt.<sup>30</sup>

Seit den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts wurden nur ausschließlich in den Gemeinden rechts der Memel Konfirmandenunterricht und Konfirmation in litauischer Sprache angeboten.<sup>31</sup> Nur noch im Memelland wünschten die Eltern (mit Ausnahme der Stadtgemeinde Memel) litauischsprachige Einsegnungen. Aber die Zahl der litauischen Konfirmanden ging auch hier merklich zurück. Den Pfarrern bereitete der getrennte Konfirmandenunterricht mehr Mühe und die Kirche war eigentlich mehr daran interessiert, Glaubenswahrheiten auf Deutsch zu vermitteln. Um die Jahrhundertwende gab es in der Kirche bereits klare Prioritäten für das Deutschtum. Die Kirchenleitung begrüßte daher den Prozess der Eindeutschung, wenn sie auch

<sup>28</sup> BA, R 5101/21860: Akte der Stadt- und Landgemeinde zu Memel, 1911–1914: Schreiben des Landrates Dungen an die Regierung in Königsberg vom 25. Apr. 1911.

<sup>29</sup> BA, R 5101/21860: Antwortschreiben der Regierung Königsberg vom 9. Jan. 1913 auf das Gesuch des Gemeindekirchenrates der Landgemeinde Memel vom 29. Okt. 1912.

<sup>30</sup> BA, R 5101/21860: Protokoll der Sitzung des Gemeindekirchenrates der Landgemeinde Memel vom 14. Juni 1912.

<sup>31</sup> Die evangelischen General-Kirchen- und Schulvisitationen (wie Anm. 25), S. 787 (Visitation der Diözese Memel 1911).

weiterhin darauf bestand, dass die Litauer „in freier Entwicklung zu germanisieren“ seien.<sup>32</sup> Durch punktuelltes Entgegenkommen gegenüber den Litauern und Masuren glaubte man, sie am ehesten dem Deutschtum zuzuführen. Deshalb forderte der Generalsuperintendent Braun bei seiner Visitation in der Diözese Memel 1911: „Es muß alles vermieden werden, was die Litauer verstimmen könnte.“<sup>33</sup> Gerade um 1910, als das Vereinsrecht gelockert wurde, gab es im Memelland einen Boom an Gründungen litauischer Jugendvereine.<sup>34</sup> Diese Erscheinung beunruhigte auch Braun: „Bei der gegenwärtigen politischen Lage ist ihr Nationalbewußtsein stark gesteigert. Sie fordern durchaus von den Geistlichen die Kenntnis und den Gebrauch der litauischen Sprache...“<sup>35</sup> Die stürmischen 20er Jahre warfen bereits ihre Schatten voraus.

### Die kirchliche Situation 1919–1945

Große Teile des Memellandes, darunter auch die Stadt Memel, wurden zu Anfang des Ersten Weltkrieges kurzfristig von der russischen Armee besetzt. Trotz mancher Zerstörungen und der Verschleppung von einigen tausend Zivilisten in die Gefangenschaft blieb der russische Einbruch nur eine Episode. Erst die Niederlage Deutschlands und der Beschluss der Alliierten, das Memelland als mehrheitlich von Litauern bewohntes Gebiet von Deutschland abzutrennen, veränderte die Situation grundsätzlich. Da der wiedererstandene litauische Staat noch nicht de jure anerkannt war, wurde das Memelgebiet vorübergehend unter die Verwaltung der Alliierten gestellt. Der im Herbst 1918 gebildete Nationalrat der Kleinlitauer forderte die Alliierten Mitte 1919 auf, das Memelgebiet zu besetzen, einen litauischen Gouverneur einzusetzen und litauischen Unterricht einzuführen.<sup>36</sup> Der im Januar 1920 in Memel eingesetzte französische Kommissar, General Odry, reagierte auf solche Forderungen nicht. Er setzte ein Landesdirektorium aus der alten Führungsschicht ein und tastete die bestehende

<sup>32</sup> Ebenda, S. 499 (Visitation der Diözese Labiau 1896).

<sup>33</sup> Ebenda, S. 787 (Visitation der Diözese Memel 1911).

<sup>34</sup> Silva Pocytė, Litauische Presse und Kulturvereine in Kleinlitauen, in: Selbstbewusstsein und Modernisierung (wie Anm. 19), S. 127-150, hier S. 139.

<sup>35</sup> Die evangelischen General-Kirchen- und Schulvisitationen (wie Anm. 25), S. 787 (Visitation der Diözese Memel 1911).

<sup>36</sup> Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin (GStAPK), XX. HA, Rep. 2, Nr. 4271: Schreiben des Nationalrates der Kleinlitauer an die Alliierten, Mitte 1919.

Ordnung nicht an. Das traf auch auf die Kirche zu, die sich Anfang 1919 große Sorgen machte, dass mit den neuen Grenzziehungen auch die kirchlichen Verhältnisse geändert würden. Der Oberkirchenrat der Altpreußischen Union in Berlin stellte die für evangelische Kirchen ungewohnte Theorie auf, dass „kein Rechtssatz bestünde, wonach eine Änderung der staatlichen Grenzen eine Änderung auch der Grenzen der Landeskirche von Rechtswegen zur Folge hätte und sie gezwungen wäre, ihr bisher unterstelltes Gebiet aufzugeben“.<sup>37</sup> Der damalige Oberkonsistorialrat Otto Dibelius fasste diese Argumente in seiner Schrift „Staatsgrenzen und Kirchengrenzen“ zusammen und folgerte, dass nicht der Staat, sondern nur die kirchlichen Gemeinden über ihre Zugehörigkeit zu einer Kirche entscheiden könnten.<sup>38</sup> Der Versailler Vertrag sah keine kirchliche Neugliederung vor und sprach lediglich von Religionsfreiheit. Daher unterbreitete der Oberkirchenrat noch 1919 allen Gemeinden in abgetrennten Gebieten seine Auffassung und erbat von ihnen einen Beschluss über ihren Verbleib in der Landeskirche.<sup>39</sup> Zugleich forderte die Kirche die Gemeinden zur Treue zu Heimatkirche und Vaterland auf.<sup>40</sup> Wie nicht anders zu erwarten, unterschrieben bis Ende Oktober 1919 alle 31 memelländischen Gemeinden den Verbleib in der preußischen Landeskirche.<sup>41</sup> Da die abgetrennten Gemeinden des Memelgebietes außer den Kreissynoden keine weiteren kirchlichen Gremien besaßen, beilegte sich das Konsistorium in Königsberg mit der Bildung des Kirchengremiums Nordmemelland. Er sollte in direkter Verantwortung dem Konsistorium unterstehen und auf keinen Fall irgendwelche eigenmächtigen Entscheidungen fällen. Dieser Ausschuss, bestehend aus den Pfarrern und Vertretern der Gemeinden, beschloss die Einberufung der Landessynode und empfahl den Gemeinden, in der Landeskirche zu verbleiben.<sup>42</sup> Die Landessynode trat am 30. Juli 1919 zusammen und wählte aus ihrer Mitte den Synodalausschuss, der als Ansprechpartner

<sup>37</sup> Altpreußische Kirchengebiete auf neupolnischem Territorium. Die Diskussion um „Staatsgrenzen und Kirchengrenzen“ nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, hrsg. v. Gerhard Besier. Göttingen 1983, S. 32.

<sup>38</sup> Otto Dibelius, Staatsgrenzen und Kirchengrenzen. Eine Studie zur gegenwärtigen Lage des Protestantismus. Berlin 1921, S. 73.

<sup>39</sup> EZA, 7/2988: Schreiben des Oberkirchenrates an alle abgetrennten Gebiete vom 11. Juli 1919.

<sup>40</sup> Hubatsch, Geschichte (wie Anm. 10), Bd. 1, S. 432.

<sup>41</sup> EZA, 7/2988: Entscheidungen der Gemeinden und Kreissynoden über den Verbleib in der Landeskirche von 1919.

<sup>42</sup> EZA, 7/2988: Protokoll des Kirchengremiums Nordmemelland vom 27. Juni 1919.

gegenüber den neuen Machthabern auftreten sollte. Zugleich befasste sich die Landessynode mit der Frage einer etwaigen Loslösung von der Mutterkirche. Friedrich Gregor, der bisherige Superintendent der Diözese Memel, der zum Vorsitzenden des Synodalausschusses bestimmt wurde, forderte zum unbedingten Verbleib in der preußischen Landeskirche auf. Trotzdem plädierte eine kleine Gruppe um den ehemaligen Landtagsabgeordneten und Pfarrer Wilhelm Gaigalat für die Loslösung von allen früheren Bindungen. Der litauische Vertreter Broszaitis warf der Kirche gar vor, sie habe sich an der Germanisierung beteiligt. Aber wie zu erwarten war, stimmten für den Antrag Gregors 82 Delegierte, zwei dagegen und 13 enthielten sich.<sup>43</sup> Zusammen mit dem Königsberger Konsistorium arbeitete der Synodalausschuss eine Denkschrift aus, in der die Gründe für den Verbleib bekräftigt wurden, und übergab sie an General Odry.<sup>44</sup> Odry sagte die Beibehaltung der früheren kirchlichen Verbindungen zu.<sup>45</sup> Damit war die Gefahr einer Loslösung von der preußischen Landeskirche gebannt. Schon zu dieser Zeit gab es im Oberkirchenrat und Synodalausschuss interne Überlegungen über die Errichtung einer Provinzialkirche. Und von der litauischen Seite wurde schon damals die Vereinigung mit den großlitauischen Gemeinden ins Gespräch gebracht.<sup>46</sup> Dieser Plan sollte die Kirche in den nächsten 20 Jahren noch mehrmals ängstigen.

Die Kirche konnte somit bis 1923 den bisherigen Zustand beibehalten. Aber zum ersten Mal entstand eine innerkirchliche Opposition aus einigen litauischen Pfarrern und Stundenhaltern der „Alten Versammlung“, wie sich die litauische Gemeinschaftsbewegung nannte. Die Opposition war jedoch uneins in ihrem Vorgehen und in ihren Zielen. Nur wenige strebten eine Vereinigung mit den großlitauischen Gemeinden an. Einige wünschten eine völlig eigenständige memelländische Landeskirche, doch die meisten waren schon mit der Errichtung einer Provinzialkirche innerhalb der Altpreußischen Union zufrieden.

---

<sup>43</sup> EZA, 7/2988: Beilage zu „Memeler Dampfboot“, Nr. 177 über die Sitzung des Synodalausschusses vom 30. Juli 1919.

<sup>44</sup> EZA, 7/2988: Denkschrift vom Okt. 1919.

<sup>45</sup> EZA, 7/2988: Brief von Gregor an das Konsistorium Königsberg vom 20. Febr. 1920.

<sup>46</sup> EZA, 7/2988: Bericht des Missionsdirektors Karl Axenfeld über seine Reise ins Memelland Ende Sept. 1919 vom 3. Okt. 1919.

Die Verhärtung der nationalen Gegensätze trug zur Politisierung auch in der Kirche bei. Manche memellitauischen Stundenhalter traten für die Angliederung des Memelgebietes an Litauen ein. Die memelländischen Kirchenamtsträger suchten Unterstützung in der Altpreußischen Union und bei den deutschen Behörden. Schon 1920 wurde die Aufrechterhaltung der alten Bindungen als „deutsche Sache“ dargestellt.<sup>47</sup> Es wurde offen darüber geredet, dass das Memelgebiet nur äußerlich sei, innerlich aber „geistiges Deutschland“ verbleibe.<sup>48</sup> Von den Memellitauern waren der Kirche nur diejenigen lieb und wertvoll, die sich als „deutsche Patrioten“ empfanden, wie etwa der Pfarrer Endrulat.<sup>49</sup> Memellitauer, die nicht für den Anschluss an Deutschland eintraten, wurden als Nationallitauer, Großlitauer oder Agitatoren für Großlitauen abgewertet. Pfarrer, die mit solchen Nationallitauern Kontakte pflegten, wurden mit administrativen Strafen belegt. Als Pfarrer Lokies seinen Amtskollegen Gaigalat, der 1919 mit 49 Jahren wegen seiner politischen Gesinnung in den Ruhestand getreten war, zum Predigen in seine Gemeinde einlud, wurde er entlassen.<sup>50</sup> Erst nachdem Lokies sich schriftlich verpflichtet hatte, dass er in Zukunft nicht gegen die Landeskirche agitieren werde, wurde er wieder in den Dienst aufgenommen.<sup>51</sup> Dieser Vorfall war ein weiteres Zeichen, dass die Kirche nicht bereit war, andere Meinungen zu tolerieren.

Als Litauen im Januar 1923 das Memelgebiet besetzte, brachen die Gegensätze innerhalb der Kirche wieder auf. Doch diesmal erhielt die litauische kirchliche Opposition Unterstützung von den neuen Machthabern: dem aus Memellitauern gebildeten neuen Landesdirektorium und dem litauischen Gouverneur. Der Kirchenleitung der preußischen Kirche unterlief gleich zu Beginn der Auseinandersetzung ein gravierender Fehler. Nach 1919 wurden die Pfarrgehälter

<sup>47</sup> EZA, 7/2988: Brief von Gregor an das Königsberger Konsistorium vom 25. Febr. 1920, in dem er sich gegen die Vorwürfe des Reichskommissars für das Memelgebiet, v. Lamsdorf, wendet, dass er sich mit einer Vereinigung der memelländischen Gemeinden mit den litauischen abgefunden habe.

<sup>48</sup> Zur Vorgeschichte und Geschichte des memelländischen Kirchenstreites. Denkschrift mit wichtigen Dokumenten, hrsg. v. Valentin Gailus. Memel 1924, S. 48 f.

<sup>49</sup> EZA, 7/2988: Bericht von Karl Axenfeld vom 3. Okt. 1919, S. 7. Hier gibt Axenfeld die Erklärung des Pfarrers Endrulat aus Prökuls wieder, in der er sich für ein gemeinsames deutsches Vaterland ausspricht und die Trennung vom deutschen Vaterland „als unser größtes Unglück“ bezeichnet.

<sup>50</sup> EZA, 7/2988: Bericht des Konsistoriums Königsberg an den Oberkirchenrat vom 23. März 1920.

<sup>51</sup> EZA, 7/2988: Bericht des Konsistoriums Königsberg an den Oberkirchenrat vom 31. Aug. 1920.

nämlich direkt von der Kirche ausgezahlt. Nach der Besetzung des Memelgebietes durch Litauen stellte das Königsberger Konsistorium die Auszahlung aus Protest gegen die Besetzung des Landes ein. Das neue Landesdirektorium zahlte fortan die Gehälter aus. Diese Maßnahme rief Unzufriedenheit im Landesdirektorium hervor, die in dem Vorwurf gipfelte, dass das Memelgebiet zwar die Pfarrer bezahle, aber sich in Kirchenangelegenheiten nicht einmischen dürfe. Die memellitauische Kirchenopposition wurde aktiv. Noch im April 1923 versammelten sich 150 Vertreter der Gemeinden und Stundenhalter. Sie sprachen sich gegen die früheren Bindungen an das Königsberger Konsistorium und an den Oberkirchenrat aus und beanspruchten die Leitung der Kirche, da die preußische Kirche sich weigere, die Gehälter der Pfarrer zu bezahlen und die Gemeinden finanziell zu unterstützen.<sup>52</sup> Der neue Dezernent im Landesdirektorium für schulische und kirchliche Angelegenheiten, Gaigalat, lehnte jedoch als erfahrener Kirchenmann und Politiker einseitige Schritte ab. Schließlich befand er sich als Ruhegehaltsempfänger noch immer im Dienst der preußischen Kirche. Schon einmal hatte das Königsberger Konsistorium die Streichung seiner Ruhegehälter angedroht für den Fall, dass er Agitation für den Austritt der memelländischen Gemeinden aus der Landeskirche betreibe.<sup>53</sup> Auf Initiative von Gaigalat vereinbarte das Landesdirektorium mit dem Oberkirchenrat ein Gespräch in Memel. Am 28. September 1923 kam man überein, bis zum 31. Januar 1924 die Gemeindegörperschaften neu zu wählen, den Landessynodalausschuss um vier litauische Vertreter zu erweitern, eine vorläufige Landessynode einzuberufen und anschließend ein nur noch dem Oberkirchenrat, also nicht dem Konsistorium in Königsberg unterstelltes Verwaltungsorgan zu bilden.<sup>54</sup>

Der Kompromiss befriedigte jedoch beide Seiten nicht. Gregor arbeitete ein Projekt über die Stellung der neuen Kirche unter Einbeziehung einer weiteren Zusammenarbeit mit dem Königsberger Konsistorium aus. Daraufhin verließen die litauischen Vertreter den

---

<sup>52</sup> Aprašymas apie Mažosios Lietuvos, dabar Klaipėdos krašto evangelišku bažnyčių ir evangelišku lietuvininkų senąjį surinkimą (Bericht über die Alte Gemeinschaftsbewegung der evangelischen Kirche und der evangelischen Litauer in Klein-Litauen, jetzt im Memelgebiet). Klaipėda [um 1924], S. 8.

<sup>53</sup> EZA, 7/2988: Bericht des Königsberger Konsistoriums an den Oberkirchenrat vom 29. April 1921.

<sup>54</sup> EZA, 7/2992: Überblick über die Entwicklung (sic) der evangelisch-kirchlichen Verhältnisse im Memelgebiet seit dem Friedensvertrage von Versailles. Vertraulicher Bericht des Oberkirchenrates, Juni 1925, S. 4 f.: Protokoll der Besprechung vom 29. Sept. 1923.

Synodalvorstand wieder.<sup>55</sup> Im Januar 1924 reichte der Synodalausschuss beim Völkerbund eine Denkschrift über die Belassung der alten Bindungen an die preußische Landeskirche ein.<sup>56</sup> Auf der Memeler Diözesankonferenz vom 17. März 1924 bedauerten die Pfarrer die Trennung vom Konsistorium Königsberg.<sup>57</sup> Die memellitauische Seite fühlte sich hintergangen. Enttäuschend verlief für sie auch die Kirchengemeinewahl im Februar 1924, die kein Erstarren der litauischen Seite mit sich brachte. Im Landesdirektorium gab es niemanden mehr, der in der Situation kühlen Kopf bewahrte, denn der mäßigend wirkende Gaigalat war nach Auseinandersetzungen im Direktorium über eine zwangsweise Einführung des litauischen Unterrichts im Oktober 1923 von seinem Amt zurückgetreten.<sup>58</sup> Das Landesdirektorium griff mit Einverständnis des litauischen Gouverneurs zu diktatorischen Maßnahmen. Es bestimmte den Pfarrer Valentin Gailus (Valentinas Gailius) aus Ruß zum Kirchenkommissar mit dem Auftrag, die memelländischen Gemeinden „von den Verwaltungsorganen der preußischen Landeskirche“ zu lösen.<sup>59</sup> Valentin Gailus setzte die Arbeit aller bisherigen Kirchengremien außer Kraft und forderte die Pfarrer auf, die Neuordnung zu unterstützen. Andernfalls drohte er ihnen mit staatlichen Strafen und mit Nichtauszahlung der Gehälter: „Alle etwaigen Proteste sind zwecklos... Die Gewalt über uns hat die memelländische bzw. die litauische Obrigkeit. Wir haben uns demnach ihr zu fügen“.<sup>60</sup> Weder die Pfarrer noch die absolute Mehrheit der Gemeinden wollten einen solchen Eingriff des Staates hinnehmen. Lediglich 18 Stundenhalter gelobten in einem Aufruf ihre Unterstützung.<sup>61</sup> Da aber die Mehrheit der Stundenhalter und auch der einflussreiche Gaigalat von einem solchen staatlichen Schritt Abstand nahmen, stand das Landesdirektorium mit seinem Kirchenkommissar von Anfang an auf verlorenem Posten. Superintendent Jopp, dem Gailus unterstand, beantragte am 4. April 1924 seine Entlassung aus dem kirchlichen Dienst, die schließlich am 30. Juli 1924 vom Kö-

<sup>55</sup> Aprašymas (wie Anm. 52), S. 7 f. Dieses Projekt wird in den deutschen Quellen nirgends erwähnt.

<sup>56</sup> F. Gregor, Zur Geschichte der evangelischen Kirche des Memellandes 1919–1939, in: Jahrbuch für Ostpreußische Kirchengeschichte 6 (1940), S. 65–102, hier S. 78.

<sup>57</sup> EZA, 7/2990: Bericht des Generalsuperintendenten Genrich von der Diözesankonferenz Memel vom 17. März 1924.

<sup>58</sup> Vilius Gaigalaitis, Atsiminimai (Erinnerungen). Klaipėda 1999, S. 47.

<sup>59</sup> EZA, 7/2992: Überblick (wie Anm. 54), S. 7.

<sup>60</sup> Zur Vorgeschichte (wie Anm. 48), S. 54 f.

<sup>61</sup> BA, R 5101/21920: Erklärung der „kirchentreuen“ Stundenhalter vom 12. Apr. 1924.

nigsberger Konsistorium verfügt wurde. Außerdem erreichte Gailus durch seine auf Drohungen beruhenden Anordnungen einen Solidarisierungseffekt von Memeldeutschen und Memellitauern. Schon am 3. April 1924 sprach Gregor von einer sehr günstigen Lage für die Kirche.<sup>62</sup> Die Kritik im Ausland auf diesen Vorgang war so verheerend, dass die litauische Regierung sich noch im April 1924 zu der Erklärung genötigt sah, dass sie keine Weisung für eine Trennung von der Mutterkirche erteilt habe.<sup>63</sup> Kaunas übte Druck auf das Landesdirektorium aus. Im Mai 1924 signalisierte das Landesdirektorium, den Kirchenkommissar fallen zu lassen.<sup>64</sup> Eine vom Staatsanwalt angestregte Klage gegen Gregor, dass er nicht zum Widerstand gegen die Anordnungen des Kirchenkommissars aufrufen dürfe, endete mit der Abweisung der Klage vor Gericht, da die Anordnungen des Kirchenkommissars „in unzulässiger Weise“ in den Rechtszustand zwischen Staat und Kirche eingegriffen hätten.<sup>65</sup> Am 25. Juli 1924 trat die noch im Vorjahr ausgehandelte Landessynode zusammen und forderte Gailus zum Rücktritt auf. Der Kirchenkommissar berief seinerseits am 3. September 1924 eine nur aus Memellitauern bestehende Synode, auf der er von seinem Amt als Kirchenkommissar zurücktrat, sich aber sogleich zum Vorsitzenden eines neu gewählten Synodalrates einsetzen ließ. Die litauische Synode votierte einstimmig für die Trennung von der preußischen Landeskirche.<sup>66</sup> Dieser Schachzug kam jedoch zu spät, da die litauische Regierung aus außenpolitischen Gründen auf eine Beendigung des Kirchenstreites drängte.<sup>67</sup> Zwar entwarfen Gailus und seine litauische Synode eine Verfassung für eine selbstständige evangelische Landeskirche, doch das Landesdirektorium nahm davon Abstand.<sup>68</sup> Vom 17. bis 23. April 1925 fand die erste Gesprächsrunde zwischen den Vertretern des Oberkirchenrates auf der einen Seite und des Landesdirektoriums, des memelländischen Synodalvorstandes und des litauischen Synodalrates auf der anderen Seite statt. Die litau-

---

<sup>62</sup> EZA, 7/2990: Bericht von Gregor an den Oberkirchenrat vom 3. Apr. 1924.

<sup>63</sup> EZA, 7/2990: Schreiben des deutschen Außenministeriums an den Oberkirchenrat vom 15. Apr. 1924.

<sup>64</sup> EZA, 7/2990: Bericht des deutschen Generalkonsuls in Memel an das Außenministerium vom 19. Mai 1924.

<sup>65</sup> EZA, 7/2992: Überblick (wie Anm. 54), S. 12-15.

<sup>66</sup> EZA, 7/2991: Artikel aus dem „Memeler Dampfboot“ vom 6. Sept. 1924.

<sup>67</sup> EZA, 7/2991: Schreiben des deutschen Außenministeriums an den Oberkirchenrat vom 6. Nov. 1924, dass die litauische Regierung direkte Verhandlungen mit dem OKR wünsche.

<sup>68</sup> EZA, 7/2991: Schreiben des Außenministeriums an den Oberkirchenrat vom 20. Jan. 1925.

ische Regierung entsandte den litauischen Botschafter in Berlin, Sidzikauskas, zu den Verhandlungen. Das Ergebnis war eine erneute Bestätigung des Kompromisses vom September 1923: Errichtung einer Provinzialkirche innerhalb der Altpreußischen Union und Nicht-einmischung des Staates in kirchliche Angelegenheiten.<sup>69</sup> Nach der Zustimmung der Landessynode konnte der Vertrag am 31. Juli 1925 in Berlin unterschrieben werden.<sup>70</sup> Nichtsdestoweniger trat die litauische Synode am 26. September 1925 noch einmal mit der Absicht zusammen, wenigstens eine selbstständige litauische Gemeinde in Memel einzurichten, doch fand auch dieser Vorschlag weder in der Bevölkerung noch in der Kirche Befürworter. Aufgrund der in Berlin ausgehandelten Bestimmungen wurden Neuwahlen zur Landessynode durchgeführt, die ein Konsistorium unter der Leitung des General-superintendenten Gregor benannte. 1926 nahm die neue Kirchenleitung ihre Arbeit auf.<sup>71</sup>

Das Kirchenabkommen behielt seine Gültigkeit bis 1939, aber die Beziehungen der Kirche zum litauischen Staat und zum Landesdirektorium blieben gespannt. Ein Dorn im Auge der litauischen Gouverneure war die Bestimmung des Kirchenabkommens, dass Religionslehrer bis zum 1. Januar 1930 und Geistliche bis zum 1. Januar 1932 auch aus Deutschland berufen werden konnten.<sup>72</sup> Der litauische Staat befürchtete durch die Einstellung von Pfarrern und Religionslehrern aus Deutschland das Erstarken des Deutschtums in Kirche und Gesellschaft. Die litauische Regierung hatte 1925 eine evangelische Theologische Fakultät an der Universität in Kaunas mit der Vorstellung eingerichtet, hier auch den geistlichen Nachwuchs für das Memelland auszubilden.<sup>73</sup> Der Oberkirchenrat und die memelländische Kirchenleitung lehnten aber eine Ausbildung in Kaunas und die Einstellung von dort ausgebildeten Theologen hartnäckig aus der Befürchtung heraus ab, dass diese eine „den Interessen unserer Kirche abträgliche politische Gebundenheit“ ins Memelgebiet bringen würden. Die Evangelische Kirche Preußens hielt es folgerichtig für unerlässlich, „für einen ausreichenden Zustrom von Geistlichen aus der

<sup>69</sup> EZA, 7/2992: Schlußprotokoll der Verhandlungen vom 18.–23. Apr. 1925 in Berlin.

<sup>70</sup> EZA, 7/2993: Verhandlungen und Abkommen vom 31. Juli 1924.

<sup>71</sup> Ausführlicher über den Kirchenstreit vgl. Hermann, Kirchenstreit (wie Anm. 6).

<sup>72</sup> EZA, 7/2996: Gespräch von Gregor mit dem Botschafter Litauens in Berlin, Sidzikauskas am 6. Dez. 1928.

<sup>73</sup> Maria G. Slavenas, Die Evangelische Theologische Fakultät in Kaunas, in: *Anna-berger Annalen* 5 (1997), S. 152–162.

Mutterkirche im Memelgebiet Sorge zu tragen“.<sup>74</sup> Die memelländische Kirche litt in den 20er Jahren an Pfarrermangel, weil aus dem Memelgebiet zu wenige Kandidaten an der Universität Königsberg studierten, an der das Litauische Seminar weiterhin erhalten blieb.<sup>75</sup> Darüber hinaus fühlten sich etliche Pfarrer im Memelgebiet nicht wohl. 1928 stellten sieben Pfarrer aus dem Memelgebiet einen Antrag auf Versetzung ins Reich. Die memelländische Kirchenleitung forderte die Kirchen in Deutschland sogar auf, diese Pfarrer nicht aufzunehmen, weil sie im Memelland dringend benötigt würden.<sup>76</sup>

Der ständige Streit um die Pfarrstellenbesetzung eskalierte in den Jahren 1932–1935, als der ausgehandelte Zeitpunkt für die Besetzung von Stellen mit Pfarrern aus Deutschland ablief. Personen, die nicht vor 1923 im Memelland gelebt hatten, erhielten keine litauischen Pässe. 1931 besaßen nur 23 von den 38 Pfarrern litauische Pässe. Die anderen galten als Ausländer. Die litauische Regierung gab 1931 bekannt, dass die nicht memelländischen Pfarrer nur noch mit Zustimmung des Gouverneurs verbleiben dürften.<sup>77</sup> Die litauische Regierung schlug als Kompromiss vor, reichsdeutsche Pfarrer nur dann zu belassen, wenn die memelländische Kirche auch ausgebildete Theologen aus Kaunas aufnehmen würde. Gregor lehnte das strikt ab. Der Oberkirchenrat beschloss, großzügige Stipendien für Theologiestudenten aus dem Memelgebiet an der Universität Königsberg zu erteilen und Erleichterungen wie z.B. ein vorgezogenes Examen zu gewähren. Dadurch konnte der Pfarrermangel in den 30er Jahren behoben werden.<sup>78</sup>

1934 forderte der Gouverneur acht reichsdeutsche Pfarrer auf, das Memelgebiet zu verlassen.<sup>79</sup> Letztlich wurden fünf von diesen (seit 1923 insgesamt neun) reichsdeutschen Pfarrern abgeschoben, was aber in den Augen des Oberkirchenrates nicht mehr ins Gewicht fiel, denn mittlerweile war ein „völlig zuverlässiger theologischer Nachwuchs,

<sup>74</sup> EZA, 7/2995: Vertrauliches Schreiben des Oberkirchenrates an die Konsistorien um Abstellung ihrer Kandidaten für den Dienst im Memelgebiet vom 28. Apr. 1927.

<sup>75</sup> EZA, 7/2995: Vertraulicher Bericht des Königsberger Konsistoriums vom 5. Apr. 1927.

<sup>76</sup> EZA, 7/2996: Schreiben Gregors an das Königsberger Konsistorium vom 6. Nov. 1928.

<sup>77</sup> EZA, 7/2997: Schreiben des memelländischen Konsistoriums an den Oberkirchenrat vom 10. Sept. 1931.

<sup>78</sup> EZA, 7/2997: Schreiben Gregors an den Oberkirchenrat vom 20. Apr. 1932.

<sup>79</sup> BA, R 5101/21920: Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an den Landesbischof der Evangelischen Kirche der Union vom 1. Nov. 1934.

der die memelländische Staatsangehörigkeit besitzt und auf deutschen Universitäten seine Ausbildung erhalten hat, herangewachsen...“<sup>80</sup>

1933, als nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialistische Partei in Berlin die Deutsche Evangelische Kirche gebildet wurde, glaubte die litauische Regierung, das Kirchenabkommen von 1925 aufkündigen zu können.<sup>81</sup> Der Oberkirchenrat belehrte sie jedoch, dass die Altpreußische Union weiterhin als Rechtspersönlichkeit bestehe und in ihrem Bestand unberührt geblieben sei.<sup>82</sup> Nach dem Erstarken der außenpolitischen Situation des Deutschen Reiches hörte die litauische Regierung auf, Druck auf die memelländische Kirche auszuüben. 1937 konnte der Oberkirchenrat zufrieden feststellen, dass von litauischer Seite schon lange keine Maßnahmen mehr gegen die evangelische Kirche zu verzeichnen gewesen seien und in der memelländischen Kirche „das kulturelle Deutschtum dort nach wie vor einen festen Hort“ bilde.<sup>83</sup>

In den Beziehungen zwischen den Gemeinden und der Kirchenleitung gab es kaum Probleme, denn in allen Gemeinderatswahlen hatten stets die Befürworter der alten Ordnung die Mehrheit. Die Zahl der Memellitauer, die für eine selbstständige Kirche oder für eine gemeinsame evangelische Kirche in Litauen eintraten, war nie groß und schwand nach den Erfahrungen des Kirchenstreites 1924/25 immer mehr. Nur eine kleinere Gruppe der Memellitauer, zu denen auch einige Stundenhalter um Anas Baltris gehörten, kritisierte in den litauischen Zeitungen regelmäßig die Haltung der memelländischen Kirche. So verlangte man neben der Bildung einer eigenen litauischen Gemeinde in Memel 1925 auch litauische Gottesdienste in der Johanneskirche, in der auch nach 1923 nur deutsche Gottesdienste stattfanden.<sup>84</sup> Die Gruppe kritisierte fortwährend, dass das Memelland durch das Kirchenabkommen dem weiteren politischen Einfluss Deutschlands ausgeliefert sei, und meinte: „(...) wer die Pfarrer und die Kirchendisziplin in seinen Händen hat, der hat die ganze Kirche und

<sup>80</sup> BA, R 5101/21920: Oberkirchenrat an Minister für Kirchliche Angelegenheiten vom 6. Juli 1936.

<sup>81</sup> EZA, 7/2997: Schreiben des litauischen Gouverneurs an den Oberkirchenrat vom 21. Aug. 1933.

<sup>82</sup> EZA, 7/2997: Antwort des Oberkirchenrates an den litauischen Gouverneur vom 26. Aug. 1933.

<sup>83</sup> BA, R 5101/21920: Schreiben des Oberkirchenrates an den Reichsminister für Kirchliche Angelegenheiten vom 18. Juni 1937.

<sup>84</sup> EZA, 7/2996: Bericht über den Streit in der Johannesgemeinde von 1929.

damit alle Bürger des Gebietes in einer Hand.“<sup>85</sup> Diese kritische Minderheit fand jedoch auch unter den Memellitauern wenig Echo, da deren Verbundenheit mit Deutschland in den 30er Jahren sogar noch zunahm.

Die litauische Regierung vermochte es nicht, die Memellitauer in Litauen zu integrieren und ihre Wünsche zu erfüllen.<sup>86</sup> Vom Deutschen Reich unterstützt, distanzierten sich die Memelländer immer stärker von Litauen. Nach der Machtübernahme der NSDAP im Deutschen Reich entstanden im Memelgebiet zwei starke nationalsozialistische Gruppierungen, eine davon geführt vom Pfarrer Theodor von Saß. Die Mehrheit der Memelländer lebte immer mehr nur noch mit dem Leib im Memelgebiet, mit dem Geist aber schon in Berlin. Dazu trug auch die evangelische Kirche bei, sodass sich der Generalsuperintendent Gregor später brüsten konnte: „Die standhafte Treue der evangelischen Kirche des Memellandes hat gerade in den schweren Zeiten des Kampfes zur Erhaltung und Stärkung des Deutschbewußtseins viel beigetragen.“<sup>87</sup> Mit Ausnahme litauischer Gottesdienste erlangte die litauische Sprache in der Kirche keinen weiteren Raum. Alle Sitzungen der kirchlichen Gremien fanden weiterhin auf Deutsch statt. Ab 1932 verschwand auf dem Briefkopf des memelländischen Konsistorium sogar die 1919 eingeführte litauische Parallelbezeichnung. Die Kirchenleitung sowohl unter Gregor als auch ab 1932 unter seinem Nachfolger Otto Obereigner begriff alle nationalbewussten Memellitauer als Verräter und Vertreter Großlitauens, die der Kirche nur schaden konnten.<sup>88</sup>

Trotz der gespannten Beziehungen zum litauischen Staat ging es der Kirche im Memelgebiet nicht schlecht, auf alle Fälle besser als den abgetrennten unierten Gemeinden in Polen.<sup>89</sup> Die Kirche erhielt die im Kirchenvertrag zugesicherten Beihilfen und finanzielle Unterstützung vom Landesdirektorium. Die Kirchen Deutschlands gewährten ihr trotz ihrer schwierigen finanziellen Lage ebenfalls großzügige finanzielle Zuwendungen. Drei Gotteshäuser wurden mit Unter-

<sup>85</sup> GStAPK, XX. HA, Rep. 220, Nr. 588: Übersetzter Auszug aus „Klaipėdos Garsas“ vom 25. Juni 1927.

<sup>86</sup> Žalys, Ringen (wie Anm. 2); Joachim Tauber, Der unbekannteste Dritte. Die Kleinlitauer im Memelgebiet 1918–1939, in: Der Fremde im Dorf (wie Anm. 21), S. 85–104.

<sup>87</sup> Gregor, Zur Geschichte (wie Anm. 56), S. 102.

<sup>88</sup> Manfred Klein, Die versäumte Chance zweier Kulturen. Zum deutsch-litauischen Gegensatz im Memelgebiet, in: Nordost-Archiv II (1993), S. 317–359, hier S. 339.

<sup>89</sup> Gregor, Zur Geschichte (wie Anm. 56), S. 95.

stützung aus Deutschland neu erbaut, vier weitere renoviert.<sup>90</sup> In den 30er Jahren blieben der memelländischen Kirche zudem die Auseinandersetzung mit den Deutschen Christen und Eingriffe durch die nationalsozialistische Herrschaft erspart.

Als am 22. März 1939 das Memelgebiet dem Deutschen Reich wieder angegliedert wurde, triumphierte die memelländische Kirchenleitung: „In unaussprechlicher Freude über die Heimkehr ins Reich dankt die evangelische Kirche des Memelgebiets Ihnen, mein Führer, mit dem Gelobnis unwandelbarer Treue.“<sup>91</sup> Der Oberkirchenrat seinerseits dankte den memelländischen Gemeinden für ihre Treue an Glaube und Deutschtum.<sup>92</sup> Der Oberkirchenrat ordnete zugleich die Auflösung der Evangelischen Kirche des Memelgebietes an.<sup>93</sup> Der Kirchenrat der memelländischen Provinzialkirche stimmte dem Verordnungsentwurf zu seiner Auflösung zu.<sup>94</sup> Die Verordnung sah die Rückgliederung der memelländischen Gemeinden in die Kirchenprovinz Ostpreußen und die Auflösung des memelländischen Konsistoriums vor. Lediglich der Generalsuperintendent Obereigner durfte seinen Titel und sein Amt beibehalten. Er unterstand weiterhin direkt dem Oberkirchenrat, erhielt aber neue Aufgaben. Fortan oblag ihm lediglich der Zusammenhalt der Pfarrerschaft und der Gemeinden im Memelland sowie die Kontaktpflege zu den deutschen Gemeinden in Litauen.<sup>95</sup> Die personelle Ausstattung seines Büros wurde auf eine Sekretärin und einen Hausmeister reduziert, deren Stelle mit einem kw-Vermerk versehen waren, d.h. eine Wiederbesetzung war nicht vorgesehen. Bei der Rückgliederung bat der memelländische Kirchenrat, litauischsprachige Gottesdienste zu belassen.<sup>96</sup> Aber schon 1940 untersagte die nationalsozialistische Führung die litauische Sprache in der Kirche. Einige Stundenhalter befolgten diese Verordnung nicht. Der Stundenhalter Georg Kapust (Jurgis Kopūstas) protestierte sogar

<sup>90</sup> Hubatsch, *Geschichte* (wie Anm. 10), Bd. 1, S. 439.

<sup>91</sup> BA, R 5101/2391: Telegramm des Generalsuperintendenten Obereigner an Hitler vom 23. März 1939.

<sup>92</sup> EZA, 7/2998: Telegramm des Oberkirchenrates an das Evangelische Konsistorium in Memel vom 22. März 1939.

<sup>93</sup> BA, R 5101/2391: Schreiben des Oberkirchenrates an den Reichsminister für Kirchliche Angelegenheiten vom 24. Apr. 1939.

<sup>94</sup> BA, R 5101/2391: Protokoll der Besprechung des Kirchenrates der memelländischen Kirche mit dem Konsistorialrat Benn in Memel vom 13. Apr. 1939.

<sup>95</sup> BA, R 5101/2391: Überarbeiteter Verordnungsentwurf über die Kirche im Memelgebiet vom 1. Mai 1939.

<sup>96</sup> BA, R 5101/2391: Bericht von Konsistorialrat Benn über seine Verhandlungen in Memel vom 17. Apr. 1939.

bei Hitler, was ihm die Einweisung in ein Konzentrationslager einbrachte, das er nicht überlebte.<sup>97</sup> Pfarrer Schernus ließ das Singen litauischer Kirchenlieder in einer Jugendversammlung zu. Daraufhin wurde er von Obereigner ins Reich strafversetzt. Mit alten Gegnern rechnete man jetzt ab. Der Witwe von Valentin Gailus wurden die Hinterbliebenenbezüge gestrichen.<sup>98</sup> Auch an Gaigalat sollte kein Ruhegehalt mehr ausgezahlt werden.<sup>99</sup> In der Folge optierte Gaigalat für Litauen und siedelte im Sommer 1939 nach Kaunas um. Nach der Besetzung Litauens durch die Sowjetunion entschloss er sich im Frühjahr 1941, mit seiner deutschen Frau nach Deutschland zurückzukehren. Er stellte einen Antrag auf Einbürgerung und Pension, was ihm jedoch verweigert wurde. Nur sein Alter bewahrte ihn vor der Einweisung in ein Konzentrationslager.<sup>100</sup>

### Die kirchliche Situation zwischen 1944 und 1990

Die Besetzung des Memellandes durch die Sowjets im Herbst 1944 und Winter 1945 brachte den tiefsten Bruch in der Entwicklungsgeschichte des Landes seit der Eroberung durch den Deutschen Orden im 13./14. Jahrhundert. Fast die ganze Einwohnerschaft flüchtete oder wurde evakuiert. Vieles, was bei der Eroberung an Hab und Gut noch im Memelgebiet verblieben war, wurde in den ersten Monaten nach der Besetzung durch die so genannten Trophäenkommandos der sowjetischen Armee systematisch weggeschafft, angezündet oder vernichtet. Nach der Angliederung des Memellandes an Litauen und der Etablierung einer Zivilverwaltung im März/April 1945 besserte sich die Situation ein wenig. Nur ganz wenige Memelländer waren beim Angriff der Roten Armee geblieben, aber im Laufe des Jahres 1945 kehrten viele, die schließlich doch noch von der Front überrollt wor-

<sup>97</sup> BA, R 5101/2391: Bittbrief von Georg Kapust an Hitler von Ende 1940. Hierin beteuert er, dass er schon immer für das Deutschtum eingetreten und 1933 sogar der Nationalsozialistischen Partei beigetreten sei, doch er und seine Generation wollten nicht auf Litauisch als Kirchensprache verzichten.

<sup>98</sup> BA, R 5101/2391: Anweisung des Reichsministeriums für Kirchliche Angelegenheiten vom 5. Okt. 1939.

<sup>99</sup> BA, R 5101/2391: Schreiben des Oberkirchenrates an das Reichsministerium für Kirchliche Angelegenheiten vom 4. Juli 1939 mit dem Vermerk: „Es steht hiernach außer Zweifel, daß Gaigalat deutsch-feindlicher Gesinnung ist“.

<sup>100</sup> BA, R 5101/2391: Schreiben des Oberkirchenrates an das Reichsministerium für Kirchliche Angelegenheiten vom 12. Mai 1941; Schreiben des Regierungspräsidenten Gumbinnen an das Reichssicherheitshauptamt vom 25. Apr. 1941.

den waren, zurück. In den Jahren 1946–1948 wurden die Memelländer sowohl in den östlichen als auch in den westlichen Zonen Deutschlands zudem durch die sowjetischen Repatriierungsbehörden zur Rückkehr aufgefordert. Etliche, vor allem Landwirte, wagten die Rückkehr. Nachdem Moskau im Dezember 1947 den Memellitauern die sowjetische Staatsangehörigkeit zuerkannte, gab es einen neuerlichen Schub an Rückkehrern. Um 1950 lebten wieder ca. 15 000–20 000 Memelländer in ihrer Heimat. Sie stellten jedoch eine Minderheit in ihrem Land dar. Schon im Februar 1945 hatte die sowjetlitauische Regierung die Neubesiedlung des Memellandes beschlossen. Bereits zum 1. Januar 1946 zählte man in den memelländischen Kreisen 55 000 Einwohner, davon nur 7 800 Einheimische.<sup>101</sup> Anfänglich erhielten die memelländischen Rückkehrer ihre Höfe zurück, doch etwa ab 1947 wurden die Repatrianten auf Sovchosen aufgeteilt, denn mittlerweile waren ihre Höfe und ihr Besitz an die Neusiedler aus Litauen und Russland vergeben worden. Das Zusammenleben zwischen Einheimischen und Neusiedlern verlief zunächst nicht ohne Konflikte, normalisierte sich aber in den 50er Jahren weitgehend.<sup>102</sup> Gemäß dem deutsch-sowjetischen Vertrag vom April 1958 siedelten bis 1960 ca. 5 000 Memelländer in die Bundesrepublik um. Auch später verließen viele Memelländer im Zuge der Familienzusammenführung ihre Heimat. Heute gibt es noch 10 000 Memelländer, die in ihrer Heimat geblieben sind. Hinzu kommen Evangelische aus Litauen, die durch die gemeinsame Kirche das Erbe Kleinlitauens aufnehmen und heute praktisch nicht mehr von den früheren Memelländern unterschieden werden.

Auch für die evangelische Kirche bedeuteten die Ereignisse von 1944/45 einen völligen Bruch der bisherigen Entwicklung und einen Neuanfang unter ganz anderen Voraussetzungen. Alle Pfarrer (bis auf einen, der aber sein Amt nicht ausüben wollte) waren geflohen. Die verbliebenen bzw. zurückgekehrten Gemeindeglieder waren genötigt, die kirchliche Versorgung selbst in die Hände zu übernehmen. Jetzt kam die Stunde der litauischen Gemeinschaftsbewegung, die wie geschaffen war für solche Verhältnisse. Gewohnt an eigene Hausgottesdienste, geübt in der Auslegung der Bibel und fest verankert im Glauben, haben die Stundenhalter unter den widrigen Verhältnissen

<sup>101</sup> Kibelka, *Schicksalsjahre* (wie Anm. 3), S. 42.

<sup>102</sup> Arthur Hermann, *Die Memelländer in der Heimat nach 1945 und ihr Verhältnis zu den Litauern*, in: *Jahrestagung 1988*, hrsg. v. Litauischen Kulturinstitut. Lampertheim 1988, S. 115–142.

der Nachkriegszeit, als die meisten Kirchen zerstört oder anderer Nutzung zugeführt waren und die kirchlichen Strukturen nicht mehr funktionierten, das Wort Gottes ausgelegt, Trost gespendet und eine neue Kirchenstruktur aufgebaut.<sup>103</sup> Sie waren jedoch nicht gewohnt, in größerem Rahmen zu denken und zu handeln, sondern neigten dazu, Traditionen überzubewerten und unbekannte Wege zu meiden.

Die Lutherische Kirche Litauens unter der Leitung von Senior Erikas Leijeris zögerte 1945 keinen Augenblick, ihr Wirken auf das Memelland auszudehnen. Schließlich war man schon in den 30er Jahren für eine Vereinigung mit der memelländischen Kirche eingetreten.<sup>104</sup> Noch am 5. März 1945 beauftragte das Lutherische Konsistorium Pfarrer Ansas Baltris mit der Aufgabe, die Memelländer geistlich zu betreuen und sie in die Lutherische Kirche Litauens zu integrieren.<sup>105</sup> Baltris galt als einer der einflussreichsten litauischen Stundenhalter des Memelgebietes und hatte in den 20er und 30er Jahren für die Stärkung der litauischen Sprache in der memelländischen Kirche gekämpft. 1939 hatte er für Litauen optiert. 1941 wurde er in Tauragė zum Pfarrer ordiniert und in unmittelbarer Nachbarschaft zum Memelland, in Kretinga, als Pfarrer eingesetzt. Er war wie kein anderer für diese Aufgabe geeignet. Er kannte die Verhältnisse und alle verbliebenen Stundenhalter. Baltris beauftragte zunächst einzelne Stundenhalter mit pfarramtlichen Aufgaben. Sie übernahmen Gottesdienste, Taufen und Beerdigungen. Am Anfang ersetzten Hausgottesdienste kirchliche Sonntagsgottesdienste und die Brüderversammlungen Kirchengremien. Erst nach und nach konnten die Kirchen wieder benutzbar gemacht, Gemeinden registriert und die Stundenhalter als Kantoren, Diakone und Pfarrdiakone offiziell als „Kultdiener“, wie die Geistlichen in der sowjetischen Amtssprache genannt wurden, angemeldet werden. Aber es handelte sich um eine litauische Kirche mit ausschließlich litauischsprachigen Gottesdiensten, womit einige Memelländer zumindest am Anfang Probleme hatten. Deutsch wurde in der Öffentlichkeit nicht geduldet. Nur noch in Hauskreisen und Haustaufen griff man auf die deutsche Sprache zurück. Der Stundenhalter Bruno Blaessner, der trotz aller Verbote Anfang der 50er

---

<sup>103</sup> Martin Klumbies, *Erweckung und Kirchenkampf. Erinnerungen eines Memelländer Pfarrers*. Ostfildern 1998. In diesem Buch wird sehr gut die Nachkriegssituation wiedergegeben, allerdings unterlaufen dem Autor etliche Fehler bei der Darstellung seiner Tätigkeit im Konsistorium.

<sup>104</sup> EZA, 7/3073: Verfassungsentwurf einer vereinigten evangelischen Kirche Litauens vom Mai 1935 mit einem Kommentar des deutschen Gesandten in Kaunas, Zechlin.

<sup>105</sup> Kibelka, *Schicksalsjahre* (wie Anm. 3), S. 40.

Jahre deutsch predigte, wurde verhaftet und zu zehn Jahren verurteilt.<sup>106</sup> Er wurde als „Handlanger Adenauers“ diffamiert und 1958 in die Bundesrepublik abgeschoben. Erst nach Stalins Tod wagte man in einigen wenigen abgelegeneren Orten, z.B. in Nidden, auch auf Deutsch zu predigen.

Die evangelische Gemeinde, die Sonntagsgottesdienste und der evangelische Glaube insgesamt bedeuteten den verbliebenen Memelländern sehr viel, denn nur noch in der Kirche waren sie unter sich. Die Gemeinde war der einzige Ort, an dem man offen über seine Sorgen sprechen, Schicksalsgenossen treffen und in alten Traditionen leben konnte. Sie hatte deshalb neben dem Lob Gottes auch eine wichtige gesellschaftliche Funktion, denn sie ermöglichte Begegnung, Informationsaustausch und Abwechslung in einem harten und unsicheren Leben. In der Kirche suchte man Trost und Kraft, um in einer Welt bestehen zu können, die man nicht mehr begriff, die fremd geworden war. Dementsprechend war der Besuch von Gottesdiensten und anderen kirchlichen Veranstaltungen sehr gut und die Verbundenheit der Gläubigen untereinander sehr stark.<sup>107</sup>

Die ersten Hausgottesdienste<sup>108</sup> und sogar Gottesdienste in der Kirche<sup>109</sup> fanden noch während des Krieges statt. Der Vorsitzende des Konsistoriums, E. Leijeris, gab 1946 an, dass es im Kreis Memel 3000 Gläubige gebe und 100 Jugendliche konfirmiert worden seien.<sup>110</sup> Diese Angaben beruhen sicherlich auf Schätzung, denn die ersten evangelischen Gemeinden wurden erst 1948/49 registriert. Die Registrierung war Voraussetzung für die Zuteilung eines Kirchenraumes, für die Erlaubnis zu Gottesdiensten und „Kulthandlungen“ und zum Einstellen eines „Kultdieners“. Dafür wurden die Gemeinden mit hohen Steuern belegt und verpflichtet, jede Handlung und jede Einnahme an den Staat zu melden. Ab 1948 wurden Konfirmandenunterricht, Jugendarbeit und Diakonie verboten. Den Geistlichen wurde das

<sup>106</sup> Lietuvos Centrinis Valstybinis Archyvas (Litauisches Zentrales Staatsarchiv) (LCVA), R 181-3-40: Bericht des Religionsbeauftragten für das 1. Halbjahr 1954. Vgl. auch Auszüge aus dem Tagebuch von A. Baltris aus dem Jahr 1951, veröffentlicht in: Dokumente und Berichte zum Leben der Lutherischen Kirchen und Gemeinden in der Sowjetunion seit 1939/40. Gütersloh 1988, S. 171.

<sup>107</sup> Dokumente (wie Anm. 106), S. 165-173: Auszüge aus dem Tagebuch von A. Baltris aus dem Jahr 1951.

<sup>108</sup> Der erste Hausgottesdienst soll bereits am 9. Januar 1945 in Prökuls stattgefunden haben. Vgl. Juška, Mažosios Lietuvos bažnyčia (wie Anm. 14), S. 227.

<sup>109</sup> Der erste Gottesdienst fand am 6. Mai 1945 in Heydekrug statt. Vgl. Heinrich Maszeik, Ich künde Hoffnung auf bessere Zeit... Aus der Chronik der Heydekruger Kirche, in: Memeler Dampfboot (1964), Nr. 7, S. 89.

<sup>110</sup> LCVA, R 181-3-9: Bericht des Religionsbeauftragten für das 2. Quartal 1946.

Halten von Gottesdiensten außerhalb ihrer Gemeinde untersagt. Dieses Verbot wurde im Memelland lange Zeit nicht eingehalten, weil hier nur wenige Gemeinden registriert waren und noch bis in die 50er Jahre Hauskreise existierten.<sup>111</sup> Baltris hatte in den ersten Nachkriegsjahren etliche Stundenhalter zu Kantoren geweiht und ihnen Berechtigungsscheine als ‚Kultdiener‘ ausgestellt. Sie wurden 1948/49 beim Religionsbeauftragten registriert und erhielten eine Arbeitsgenehmigung. Doch 1952 entzog der Religionsbeauftragte die Arbeitsgenehmigung für Kantoren.<sup>112</sup> In der Folge ordinierte Baltris einige Kantoren zu Diakonen und Pfarrdiakonen und erreichte dadurch wieder ihre Anstellung als ‚Kultdiener‘.<sup>113</sup>

In den Jahren 1948/49 konnten elf Gemeinden im Memelland mit 7169 Mitgliedern registriert werden. Die größten Gemeinden gab es in Prökuls mit 1500 Mitgliedern, in Coadjuthen mit 1100 und in Heydekrug mit 900. Da aber etliche Gemeinden sich nicht registrieren ließen oder nicht zugelassen wurden, lag die Zahl der Gläubigen sicherlich höher.<sup>114</sup> Baltris versuchte mehrmals vergeblich, die Gemeinde in der Stadt Memel anzumelden. Der sowjetische Staat lehnte bis 1952 die Registrierung stets ab, weil er vor allem in den Großstädten ungerne Neugründungen zuließ. Doch auch ohne Registrierung hielt Baltris 1945/46 Gottesdienste in der stark beschädigten Johanneskirche. Danach meldete er die Gemeinde von Memel als Filiale seiner Gemeinde in Kretinga an und erwirkte die Erlaubnis, in einem Privathaus am Stadtrand Gottesdienste zu halten, zu taufen und zu konfirmieren. Erst 1952 erreichte Baltris die Registrierung der Gemeinde Memel, die jedoch Anfang 1955 widerrufen wurde. Daraufhin reichte der „Zwanziger“ (für die Gründung einer Gemeinde brauchte man 20 Verantwortliche) der Gemeinde alle nötigen Meldeunterlagen direkt beim Amt für Religionsangelegenheiten in Moskau ein und erhielt dort die Genehmigung. Auf diese Weise wurde der Religionsbeauftragte der Sowjetrepublik Litauen umgangen.<sup>115</sup> 1965 umfasste die Gemeinde in Memel fast 1400 Mitglieder und wurde wieder zur größten im Memelland.

<sup>111</sup> LCVA, R. 181-3-29: Bericht des Religionsbeauftragten für das 1. und 2. Quartal 1951.

<sup>112</sup> LCVA, R 181-1-67: Schreiben des Religionsbeauftragten an Baltris vom 28. März 1952.

<sup>113</sup> Nacionalinė Biblioteka (Nationalbibliothek), Handschriftenabteilung: Jonas Gocentas, *Atsiminimai* (Erinnerungen), S. 168.

<sup>114</sup> Juška, *Mažosios Lietuvos bažnyčia* (wie Anm. 14), S. 237 f.

<sup>115</sup> *Ebenda*, S. 285-289.

Nach der Festnahme und Verbannung von drei Pfarrern und des Vorsitzenden des Konsistoriums wegen des nationalen Widerstandes zwischen 1947 und 1949 blieb die Lutherische Kirche Litauens ohne Führung. Die verbliebenen Pfarrer wählten auf der Pfarrkonferenz vom 26. April 1950 Baltris zum Vorsitzenden des Konsistoriums. Als Sekretär und Kassierer wurde Kantor Martynas Klumbys aus Ramuten, Memelland, gewählt.<sup>116</sup> Damit waren zwei Memelländer im dreiköpfigen Vorstand des Konsistoriums. Die Wahl spiegelte zugleich die gewachsene Bedeutung der memelländischen Gemeinden innerhalb der Gesamtkirche wider. Die Memelländer machten fast die Hälfte aller Lutheraner in Litauen aus und waren gut organisiert. Die Lutherische Kirche besaß noch immer keine den sowjetischen Verhältnissen angepasste Verfassung, denn Leijeris hatte eine staatliche Oberaufsicht abgelehnt. Baltris seinerseits bemühte sich um die Legalisierung der Kirche. Sein Verfassungsentwurf sah zwei halbautonome Kirchenkreise vor: Memelland und Großlitauen.<sup>117</sup> Dieser Verfassungsentwurf kam jedoch nicht zum Tragen, möglicherweise wegen des memelländischen Kirchenkreises, denn der Sowjetstaat duldet keinen Hinweis auf die Besonderheit des Memellandes. Faktisch bauten die memelländischen Gemeinden unter dem Konsistorium von Baltris weiter ihre Sonderstellung aus. Im Unterschied zu den Gemeinden in Litauen gestalteten sie ihre Gottesdienste weiterhin nach der Agende der Unierten Kirche, benutzten ihre früheren Gesangbücher und bestärkten ihre gemeinschaftlichen Traditionen. Diese Sonderstellung wurde von den großlitauischen Gemeinden und Pfarrern mit Argwohn beobachtet und war einer der Hauptgründe für den Kirchenstreit auf der 1. Synode von 1955 und die daraus entstehende Spaltung der Kirche.

Baltris starb am 29. Januar 1954. Mit seinem Tod verloren die memelländischen Gemeinden ihren anerkannten Führer und die eigentliche Klammer zur Lutherischen Kirche Litauens. Niemand aus der Gemeinschaftsbewegung war in der Lage, ihn zu ersetzen. Baltris hatte zwei seiner engsten Mitarbeiter, Martynas Klumbys und Jurgis Sprogys, zu Pfarrdiakonen und später zu Pfarrern ordiniert, aber sie besaßen weder seine Autorität noch seine charismatischen Begabungen. Gleich nach Baltris' Tod gab es Meinungsverschiedenheiten

<sup>116</sup> Akten des Konsistoriums: Protokoll der Pfarrkonferenz vom 26. Apr. 1950 (Archiv M. Klumbies).

<sup>117</sup> Ansa Baltris, Dienoraštis (Tagebuch) 1951 (Archiv M. Klumbies).

im Konsistorium zwischen dem bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden, Vilius Burkevičius, und Klumbys. Man kam überein, ein neues Konsistorium auf der einzuberufenden 1. Synode wählen zu lassen. Für die Übergangszeit übernahm der bisherige stellvertretende Vorsitzende den Vorsitz. Auf der Synode sollte auch eine neue, an die sowjetischen Verhältnisse angepasste Kirchenverfassung angenommen werden. Die Verfassung musste der sowjetischen Rechtsprechung genügen und konnte daher nur in Zusammenarbeit mit dem Religionsbeauftragten verfasst werden. Über den Umgang mit den staatlichen Stellen gab es im Konsistorium keine Einigkeit. Sehr schnell wurde deutlich, dass die Anhänger der Gemeinschaftsbewegung das Verhältnis zum Staat anders beurteilten als der Großteil der Pfarrer aus Litauen. Die Gemeinschaftsbewegung wollte die Kontakte auf das Notwendigste beschränken. Burkevičius meinte dagegen, mit Verhandlungen und Nachgiebigkeit der Kirche mehr zu erreichen. Auch über die Aufgaben des Konsistoriums innerhalb der Kirche gab es keine einheitliche Meinung. Die memelländischen Vertreter pochten auf eine größere Eigenständigkeit der Gemeinden. Burkevičius und seine Mitbrüder aus Litauen neigten eher dazu, dem Konsistorium mehr Macht zukommen zu lassen.<sup>118</sup> Auf der 1. Synode vom 22. Mai 1955 setzte sich Burkevičius durch. Er ließ keine Diskussion über die Verfassung zu, da sie bereits mit dem Religionsbeauftragten vereinbart sei, und gestaltete die Wahlen so, dass nur seine Anhänger in das Konsistorium gewählt wurden.<sup>119</sup> Etliche Delegierte verließen aus Protest die Synode. Gleich nach der Synode formierte sich die Opposition, zu der vor allem die memelländischen Gemeinden gehörten. Aus Litauen schloss sich der Opposition lediglich Pfarrer Milias Preikšaitis mit seinen vier Gemeinden an. 16 von 28 Gemeinden verweigerten somit die Anerkennung des neuen Konsistoriums.<sup>120</sup> Die Opposition beklagte sich beim Religionsbeauftragten und forderte ihn auf, das Konsistorium abzusetzen.<sup>121</sup> Als der staatliche Beistand ausblieb, verlangte die Opposition von Burkevičius, die Synode zu annullieren und das alte Konsistorium wieder einzusetzen.<sup>122</sup>

<sup>118</sup> Hermann, *Tradition* (wie Anm. 8), S. 179-197.

<sup>119</sup> Akten des Konsistoriums: Brief der Opposition an den Religionsbeauftragten vom 25. Mai 1955 (Archiv M. Klumbies).

<sup>120</sup> LCVA, R 181-3-43: Bericht des Religionsbeauftragten über die 1. Jahreshälfte 1955; Bericht des Religionsbeauftragten über die 2. Jahreshälfte 1955.

<sup>121</sup> Akten des Konsistoriums: Brief der Opposition an den Religionsbeauftragten vom 25. Mai 1955 (Archiv M. Klumbies).

<sup>122</sup> Akten des Konsistoriums: Brief der Opposition an den Vorsitzenden des Konsistoriums vom 27. Juli 1955 (Archiv M. Klumbies).

Das neue Konsistorium ging seinerseits mit administrativen Mitteln gegen die Opposition vor. Als Klumbys die Kasse und die Konsistoriumsakten nicht hergeben wollte, wurde er mit Versetzung bzw. Absetzung bedroht. Doch die Gemeinde von Heydekrug hielt zu ihrem Pfarrer. Sie erwirkte vom Religionsbeauftragten eine Arbeitsgenehmigung, da nach sowjetischem Recht allein die Gemeinden über Einsetzung und Entlassung ihres Pfarrers entschieden. Auf der anderen Seite belohnte der Staat die Nachgiebigkeit des Konsistoriums. Es durfte fortan einen Kalender herausgeben, einige Gemeinden wurden neu registriert.<sup>123</sup> Beide Seiten waren fortan auf den Beistand des Staates angewiesen und der Religionsbeauftragte als Schiedsrichter gefragt.

Die schwere wirtschaftliche Lage, die Benachteiligung gegenüber den Neusiedlern und der Streit in der Kirche bewogen 1958 die meisten Memelländer, die Ausreise nach Deutschland zu beantragen, nachdem die Sowjetunion mit Deutschland einen Vertrag geschlossen hatte, ehemalige deutsche Staatsangehörige ausreisen zu lassen. Über 8000 Memelländer verließen in den nächsten zehn Jahren die Heimat, darunter die meisten Stundenhalter und auch Pfarrer Klumbys. Nach diesem Exodus hörten einige Gemeinden im Memelland auf zu existieren, andere verloren etwa die Hälfte ihrer Mitglieder. Die geschwächten Gemeinden söhnten sich größtenteils mit dem Konsistorium aus, andere blieben noch bis 1990 in der Opposition. Aber es gab zu keiner Zeit Bemühungen seitens der Opposition, eine eigenständige Kirche zu gründen. Als 1970 Jonas Kalvanas sen. zum Vorsitzenden des Konsistoriums und anschließend zum Bischof gewählt wurde, schlug er einen versöhnlicheren Ton an. Er meldete stets auch diejenigen Gemeinden und Geistlichen beim Staat an, die ihn nicht anerkannten, sodass wenigstens nach außen hin die Einheit der Kirche hergestellt war.

Seit der Umsiedlung eines großen Teiles der Memelländer 1958–1960 nach Deutschland gab es in der Kirche um die deutsche Sprache keine Bemühungen mehr, denn die Verbliebenen sprachen in der Regel auch zu Hause Litauisch.<sup>124</sup> Sowjetisierung, Industrialisierung und Moder-

<sup>123</sup> LCVA, R 181-3-43: Bericht des Religionsbeauftragten über die 2. Jahreshälfte 1955.

<sup>124</sup> Kibelka führt aus, dass die Verbliebenen ihr Deutschtum zu verbergen suchten und ihre Namen lituanisierten, weil sie nicht wegen ihrer deutschen Herkunft

nisierung machten auch vor den Evangelischen nicht halt. Die Jugend zog es in die größeren Städte. Der Staat erlaubte Jugendlichen und Führungskräften nicht, Kontakte zur Kirche aufzunehmen. Manche von ihnen besuchten die Kirche heimlich und ließen ihre Kinder in entfernteren Kirchen taufen. Doch die meisten passten sich an. In der Kirche blieben die Älteren und die einfache Bevölkerung übrig. Sie waren jetzt die Träger der Gemeinden. In den 70er Jahren starben nach und nach die Pfarrer mit theologischer Ausbildung aus, sodass nur noch Bischof Kalvanas als Volltheologe übrig blieb. Die neuen Geistlichen wurden noch bis in die 60er Jahre von den älteren Pfarrern lediglich angelernt und anschließend ordiniert. Ab 1970 nahmen die Kandidaten an den theologischen Fernkursen in Riga teil und arbeiteten bereits während der Ausbildungszeit in den Gemeinden. Die meisten Geistlichen übten ihr Amt ehrenamtlich neben einer bezahlten Berufstätigkeit aus. Das Gemeindeleben war bis auf die Gottesdienste sehr eingeschränkt.

Die staatliche Aufsicht hielt noch bis in die 80er Jahre an. Die Zahl der Gemeindeglieder nahm kontinuierlich ab, wie auch die der Taufen, Trauungen und Beerdigungen, zumindest laut Angaben, die dem Religionsbeauftragten gemeldet wurden. In der Gemeinde Heydekrug zum Beispiel, die 830 eingetragene Mitglieder besaß, wurden 1971 nur noch vier Kinder getauft, drei Paare getraut, fünf Tote beerdigt, 23 Jugendliche konfirmiert und 98 Personen gingen zum Abendmahl.<sup>125</sup> Neun Jahre früher waren in derselben Gemeinde noch 18 Kinder getauft, acht Paare getraut, zwölf Tote beerdigt und acht Jugendliche konfirmiert worden.<sup>126</sup> Das Konsistorium nahm diese Entwicklung mit Sorge wahr, aber es beobachtete zugleich auch eine positive Veränderung: „Der Glaube bleibt nicht mehr an der Oberfläche, sondern dringt in das innere Leben der Menschen, in ihr Herz. Das Schwinden der Zahl der Gläubigen äußert sich positiv in der Qualität. Der Glaube ist keine Mode mehr. Er ist heute vor allem reine Über-

---

Benachteiligungen auf sich nehmen wollten (Schicksalsjahre [wie Anm. 3], S. 272). Dabei wird meiner Meinung nach zu wenig beachtet, dass der Großteil der verbliebenen Gemeindeglieder auch schon früher zu Hause litauisch sprach und litauische Namen besaß, die germanisiert worden waren.

<sup>125</sup> LCVA, R 181-1-185: Akte des Religionsbeauftragten. Angelegenheiten der Lutherischen Kirche in den Jahren 1972/73.

<sup>126</sup> LCVA, R 181-1-168: Bericht von Pfarrer Preikšaitis über seine Gemeinden an den Religionsbeauftragten aus dem Jahr 1963.

zeugung, persönliche Entscheidung und die Suche nach Antwort auf die Fragen nach den letzten Dingen, auf die keine Wissenschaft und kein Atheismus eine Antwort geben können.“<sup>127</sup>

### Die Kirche nach 1990

Dieser Glaube, der in der Tiefe lebte, überdauerte die Sowjetzeit. Als die staatlichen Fesseln in den Jahren 1988–1990 fielen, zeigte sich schnell, wie viel Kraft noch in dieser Kirche schlummerte.<sup>128</sup> Allein in den Jahren 1989/90 wurden im Memelland zu den bestehenden elf zwölf ehemalige Gemeinden wieder gegründet. Die Zahl der Gläubigen stieg enorm an, darunter auch aus dem Kreis der Gebildeten und Jugendlichen. Eine Umfrage aus dem Jahr 1994 ergab, dass im Memelland 23 Gemeinden mit 4805 eingetragenen Mitgliedern bestanden.<sup>129</sup> Der neue Aufbau fand unter sehr schwierigen Verhältnissen statt. Soweit noch Kirchengebäude vorhanden waren, waren sie entweder in einem schlechten baulichen Zustand oder zweckentfremdet. Häufig zögerten die Ortsverwaltungen die Rückgabe des kirchlichen Eigentums hinaus. Die Renovierung musste größtenteils aus eigenen Mitteln erfolgen, wobei finanzielle Unterstützung meistens von den Kirchen aus Deutschland und Skandinavien kam. Der damalige Bischof, Kalvanas sen., legte das Hauptgewicht kirchlicher Arbeit schon sehr früh auf Rückgabe, Renovierung und Bau von Kirchen.<sup>130</sup> Er war davon überzeugt, dass dort, wo eine Kirche stehe und arbeite, sich auch Gläubige wieder einfänden würden. Unter den neuen Vorzeichen von Demokratie und staatlicher Freiheit gaben auch die letzten vier Gemeinden den Widerstand gegen die Kirchenleitung auf. Auf der 5. Synode von 1990 konnte die Einheit der Kirche endgültig wiederhergestellt werden.<sup>131</sup>

<sup>127</sup> LCVA, R 181-1-147: Bericht von Kalvanas an den Religionsbeauftragten über die Entwicklung in seiner Kirche 1944–1964 vom 9. Nov. 1964.

<sup>128</sup> Arthur Hermann, Aufbruch und Beharrung der Lutherischen Kirche Litauens in den Wendejahren 1985–1996, in: Festhalten am Bekenntnis der Hoffnung, hrsg. v. Christian Herrmann, Erlangen 2001, S. 225–238.

<sup>129</sup> Juška, *Mažosios Lietuvos bažnyčia* (wie Anm. 14), S. 247.

<sup>130</sup> Akten des Konsistoriums: Sitzung des Konsistoriums vom 24. März 1990.

<sup>131</sup> Bericht über die 5. Synode 1990, in: *Kalendorius* (1991/92), S. 25–39.

Erneuerung, Aufbruch und Wiederaufbau kennzeichnen somit das letzte Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts.<sup>132</sup> Trotz der großen Probleme sind mittlerweile fast alle zurückgegebenen Kirchen renoviert, und einige neue Gebethäuser wurden gebaut. Alle größeren Gemeinden, selbst solche unter 500 eingetragenen Mitgliedern, können sich wieder einen Pfarrer leisten. 1992 wurde in Klaipėda ein evangelisches Theologiezentrum für die Ausbildung evangelischer Pfarrer und Religionslehrer ins Leben gerufen. 1995 richtete die Universität Klaipėda einen Lehrstuhl für evangelische Theologie ein. Lehrkräfte aus Deutschland, Skandinavien und den USA ergänzen das Lehrangebot. Die Zahl der Studenten schwankt zwischen 30 und 50. Einige Absolventen des Theologiezentrums und der Universität Klaipėda vertiefen ihr Studium an ausländischen Universitäten. Mittlerweile ist der Nachholbedarf an Pfarrern schon fast gedeckt.

Die memelländischen Gemeinden geben seit 1992 die gemeinsame Zeitschrift „Keleivis“ („Der Wanderer“) heraus. Noch bis 1998 benutzten die Gemeinden des Memellandes die gewohnte altpreußische Agende. Auf der 6. Synode 1995 wurde eine Liturgiekommission eingesetzt, die eine Gottesdienstordnung für alle Gemeinden in Litauen ausarbeitete. Mit diesem Schritt wurde die Integration der memelländischen Gemeinden in die Lutherische Kirche Litauens abgeschlossen, auch wenn gewisse Frömmigkeitsformen und Traditionen der Gemeinschaftsbewegung noch immer sichtbar sind.

Nach 1990 entdeckte ein Teil der Memelländer seine Verbundenheit mit Deutschland wieder. Diese Menschen schicken ihre Kinder auf die deutsche Schule in Klaipėda, sind aber darüber hinaus weiterhin in ihren Ortsgemeinden integriert. In einigen Gemeinden werden besonders in der Sommerzeit, wenn Gäste aus Deutschland kommen, auch deutschsprachige Gottesdienste gehalten. Die Vermischung von Lutheranern aus dem Memelland und Litauen wird immer intensiver. Besonders in den Stadtgemeinden machen Lutheraner aus Litauen mittlerweile einen beträchtlichen Teil der Gläubigen aus, wie auch umgekehrt etliche Memelländer ihre neue Heimat in Vilnius oder Kaunas gefunden haben. Trotzdem setzen die memelländischen Gemeinden ganz bewusst auf die Pflege der kleinlitauischen Tradition. Sie tragen viel zum Erwachen und zur Herausbildung einer neuen Identität des Memellandes bei.

---

<sup>132</sup> Arthur Hermann, *Aus der Evangelisch-Lutherischen Kirche Litauens*, in: *Kirche im Osten* 39 (1996), S. 140–149; *Die Evangelischen Kirchen Litauens 1995–1999*, in: *Kirche im Osten* 42/43 (1999/2000), S. 138–144.

Die Lutherische Kirche dieser Region ist ein wichtiges Bindeglied zur Geschichte und Kultur des Landes. Sie ist die einzige Einrichtung, die alle Wechsel der Zeit überstanden hat. Deshalb wird im Memelland die evangelische Kirche noch immer mehr beachtet als die Katholische Kirche, obgleich etwa 60-70% der heutigen Memelländer Katholiken sind. Ein ‚Neumemelländer‘ meint dazu: „Was bedeutet es, ein Bewohner von Klaipėda zu sein, da nach dem Zweiten Weltkrieg fast gar keine früheren Bewohner übriggeblieben sind? ... Für mich bedeutet Klaipėda eine bestimmte Struktur des Gedächtnisses, und zugleich ein dauerndes Erinnern an etwas, was in Verbindung steht mit Menschen, die verschiedenen Kulturen angehören und verschiedene Sprachen sprechen.“<sup>133</sup> Die Lutherische Kirche trägt zu diesem Erinnern wie auch zur Zugehörigkeit zu verschiedenen Kulturen und Sprachen im Memelland in hohem Maße bei.

---

<sup>133</sup> Leonidas Donskis, Klaipėda moderniosios atminties žemėlapyje. Identiteto paieškos XXI amžiaus mieste (Memel auf der Landkarte des modernen Gedächtnisses. Identitätssuche in einer Stadt des 21. Jahrhunderts), in: Akiračiai (2001), H. 1, S. 5.

